

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1900**

39 (18.2.1900) 2. Blatt

Erstausgabe täglich mit Ausnahme  
Sonntags und Feiertags und kostet  
in Karlsruhe in's Haus gebracht  
vierteljährlich 2 Mk. 60 Pfg.  
(monatlich 55 Pfg., wenn in der  
Expedition oder in den Annoncen  
büros abgeholt), durch die Post  
bezogen vierteljährlich 3 Mk.  
25 Pfg., mit Bestellgeld 3 Mk. 65 Pfg.  
Bestellungen werden jederzeit  
entgegengenommen.

# Badischer Beobachter.

Anzeigen: Die sechsseitige Beilage  
oder deren Raum 12 Pfg.,  
Neulamen 25 Pfg. Bei öfterer  
Wiederholung entsprechender Rabatt.  
Inserate nehmen außer der Expe-  
dition alle Annoncen-Bureau an.

Samstags-Beilage:

Das illustrierte achtseitige Unterhaltungsblatt  
„Stern und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Redaktion und Expedition:  
Klosterstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Post-Zeitungs-Liste 807.

Nr. 39. 2. Blatt.

Sonntag, den 18. Februar

1900.

## Zur politischen Lage in Baden.

Erste Rede des Abg. Wacker,  
gehalten in der Generaldebatte über das  
Budget des Staatsministeriums.  
(Sitzung der II. Kammer vom 26. Januar 1900.)

### Bemerkungen zu verschiedenen Erörterungen anderer Abgeordneter.

1. Der Herr Kollege Libel war nach seinen  
Darlegungen angenehm überrascht und sym-  
pathisch berührt durch den ruhigen und ge-  
messenen Ton, welcher bisher durch die Ver-  
handlungen gegangen ist. Ich darf ihm beifügen,  
daß zu den überraschenden Momenten der Debatte seit  
dem letzten Dienstag auch seine eigene Rede gehört  
und zwar nach Inhalt wie nach Form.

a) Ich möchte aber glauben, daß ein politisch verant-  
wortlicher Mann in seiner Stellung und in seinen Jahren  
wissen dürfte, daß die Nähe und die Gemeinsamkeit im  
Tone der Verhandlungen hier im Hause, wenn Gebiete  
früherer Meinungen zu betreten waren, jeweils vorhanden  
war, jeweils so konstatieren war, soweit von der anti-  
nationalliberalen Seite die Nähe abhängig war. Das  
war immer unser Bestreben und zwar unser erfolgreiches  
Streben. Und wenn wir in Zukunft damit mehr durch-  
dringen können als in der Vergangenheit war, soll es  
uns selbst von ganzem Herzen freuen.

Der Herr Abg. Wacker hat gestern ein Wort ge-  
sprochen, für das wir auf dieser Seite des Hauses ihm  
Dank und Anerkennung auszusprechen Anlaß haben. Er  
hat gesagt: auch auf diesem Landtag wird dieses hohe  
Haus auf wirtschaftlichen Gebieten einmütig dastehen  
und den Beweis dafür liefern, daß man trotz aller Gegen-  
sätze auf anderen Gebieten einträchtig und gegenseitig  
zusammenarbeiten kann. Diese Erwartung hat der Herr  
Abg. Wacker ausgesprochen. Und ich glaube, ohne mit  
einem einzigen der übrigen Herren meine Meinung aus-  
gesprochen zu haben, ihn auf das Bestimmteste versichern  
zu können, daß die Situation richtig beurteilt und die  
Sache, die von ihm gekündete Erwartung auch ihre  
Erfüllung findet, das war aber immer der Fall. Und  
das „auch“ war das entscheidende Wortchen, wofür ihm  
bezüglich dieser Sentenz Anerkennung und Dank gebührt.

b) Der Herr Abg. Libel hat dann weiter in Form  
eines Scherzes — wie mir schien, war es wohl so ge-  
meint — gesagt, er habe sich erst jetzt, am letzten Dien-  
stag, überzeugt, daß man bei dieser Generaldebatte die  
omnibus et quibusdam alii sprechen könne. Ich  
selbst habe ihn für einen solchen Meinung im politischen  
Leben nicht angesehen; das hat sich ja jetzt nicht zum  
ersten Male gezeigt, sondern auch schon früher. Er hat  
dann sehr leicht sich selbst verteidigt, diesen Weg zu  
beschreiten, indem er die Stadt, die er seit  
langer Zeit vertritt, als „Athenbrödel“ vorge-  
führt hat. Er war allerdings so vorsichtig, zu sagen:  
absichtlich sei die von ihm vertretene Stadt als „Athen-  
brödel“ nicht behandelt worden. Nun, meine Herren! Es  
war ja ein überlegter Scherz, denn, wenn ich mich nicht  
täusche, war er auf Papier fixiert. Ich werde also gleich-  
wohl annehmen dürfen, daß man ihn nicht auf der Gold-  
waage abwägen darf. Sonst müßte ich sagen: es liegt  
sehr viel Vorwurf darin enthalten; Vorwurf für dieses  
Haus, Vorwurf für die Großh. Regierung, Vorwurf für  
diese Herren, die vor ihm Konstantz vertreten haben.  
Ich bin wirklich im Zweifel, zu welcher Kategorie von  
besprochenen Gegenständen ich das „Athenbrödel“ zählen  
soll, zu den „omnibus“ oder den „quibusdam alii“.

Meine Herren! So lange wir dank von Verhand-  
lungen und Beschlüssen in diesem hohen Hause, hat keine  
Stadtgemeinde des Landes berechtigten Grund gehabt,  
der Volksvertretung oder auch der Großh. Regierung  
gegenüber direkt oder indirekt den Vorwurf zu machen,  
sie werde mit ihren Interessen als „Athenbrödel“ be-  
handelt. So haben wir es niemals gehalten, weder mit  
Konstantz noch mit einer anderen Stadt. So haben wir  
es nicht gehalten, als Vorgänger des Herrn Kollegen  
Libel der gleichen Achtung die Stadt vertreten haben;  
so wurde es nicht gehalten, als Vertreter anderer Städ-  
te da waren; und so wird es auch nicht anders  
werden, seit er den Vertreter, der hier auf dieser Seite  
seinen Sitz hat, abgelöst hat. Darüber kann er be-  
rechtigt sein und darüber können auch die Bürger der  
Stadt beruhigt sein, die er zu vertreten hat. Und wenn  
jemals diese Meinung hätte aufkommen wollen — zur  
Zeit der nationalliberalen Vertretung oder zur Zeit einer  
anderen Vertretung, dann braucht man ja nur zu wissen,  
wie lange der Herr Kollege Fießer mit den Konstanzer  
städtischen Verhältnissen recht innig verwaschen war. Und  
er hat doch niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er  
seine persönlichen Beziehungen zur Stadt Konstantz, der  
er länger angehört hat, nicht vergessen hat. Er hat auch  
niemals den Eindruck machen können, daß die Erinnerung  
an diese persönlichen Beziehungen bei ihm eine andere  
als sehr freundliche und für Konstantz wohlwollende ist.  
Und der wäre böse angekommen in diesem Hause, auch  
wenn er auf jener Seite gewesen wäre, der eine Kon-  
stantz hätte als „Athenbrödel“ behandeln wollen; da  
müßte also Herr Libel sich nur beruhigen.

c) Ich werde wohl annehmen dürfen, daß es ein  
wohlwollender Scherz war, ein wohlwollend  
transfrierender Scherz, als er neben größeren  
Städten auch Emmendingen nannte. Nun  
meine Herren! Könnte man ja Zweifel darüber haben,  
ob dieser wohlwollend gemeinte — wie ich meine —  
Scherz eine Spitze hatte gegen Emmendingen oder gegen  
den Herrn Vertreter von Emmendingen, auch wenn  
wir hätten allen Anlaß, ob wir Emmendingen nahe  
stehen oder ferne, wir hätten allen Anlaß, auch solche  
wohlwollend gemeinte Scherze nicht aufkommen zu lassen.  
Keine Stadt im Lande, auch nicht die kleinste, ob auf-  
strebend oder nicht aufstrebend, soll jemals uns nach-

sagen können, daß man ihre Interessen, ob sie geltend  
gemacht werden oder nicht, wie Bagatelien behandelt,  
über die man scherzt. Und nach meinem Dafürhalten  
kann eine aufstrebende Stadt von den Emmendingen, die  
ihren Verhältnissen gesprochen, von Emmendingen, die  
wohl Anspruch darauf erheben, neben größeren Städten,  
selbst bis Konstanz hinauf, mit ihren Interessen erwähnt  
zu werden.

Sollte es eine Spitze gehabt haben gegen den Vertreter  
von Emmendingen, nun dann brauche ich mich nicht  
darüber zu erwärmen. Das müßte die Herren, die auch  
so nahe beifammen sitzen, mit einander ansprechen.

d) Nun „de omnibus et quibusdam alii“!  
Meine Herren! Nicht einmal indirekt möchte ich nach  
irgend einer Seite hin einen Vorwurf machen, weder  
nach der Seite des Präsidentenstuhles, noch nach jener,  
nach der Seite des Hauses, wenn ich sage: ich  
hätte persönlich auch gewünscht, daß schon im Interesse  
der Feitersparnis recht Vieles aus unserer Debatte aus-  
geschieden geblieben wäre, schon aus dem Grund, den  
der Herr Abg. Heimburger unmittelbar vor mir erwähnt  
hat. Allein, wenn einmal der Weg beschritten ist, dann  
müßte ich einem, der nachträglich sich auf ihn begibt,  
keinen Vorwurf daraus machen — schon aus dem  
Grunde, weil wir ja stellenweise eine so niedrige gehalten  
Presse haben, die im Stande ist, einen Abgeordneten bei  
dieser oder jener Gelegenheit zu demütigen, nicht weil  
er etwa in einer wichtigen Abstimmung fehlte oder sich  
nicht korrekt hielt, sondern weil er bei irgend einer Ge-  
legenheit nicht auch etwas sagte, was vielleicht seinen  
Bezirk berührt, nachdem schon andere es schon vor ihm  
gesagt haben.

Wir können bei solchen Gelegenheiten das  
Nützliche nur dann finden, wenn eben jeder der Herren,  
und namentlich diejenigen, welche die ersten in der Reihen-  
folge sind, sich ein hohes Maß von Selbsthaft aufzer-  
legen und sich bemühen, auf dem Gebiete zu verbleiben,  
welches nach meiner unmaßgeblichen Ansicht allein sollte  
aktiv werden: das ist das finanzpolitische Gebiet im  
Allgemeinen und das politische Gebiet, weil man bei  
dieser Gelegenheit die ganze Großh. Regierung vor sich  
hat. Ich bemerke, daß ich Niemandem tadeln will. Wir  
haben einmal den Gang, wie es früher auch der Fall  
gewesen ist; und von dem kam Niemand sich ganz em-  
pfinden, auch ich nicht, obwohl ich Spezialia nicht bringen  
werde. Es könnte aber falsch aufgefaßt werden, wenn  
man nicht zu dem einen oder anderen der wichtigen  
Dinge seine Stellung mit einigen Worten präzisieren  
würde.

2. Es sind die Beamtenverhältnisse besprochen  
worden. Da möchte ich meinen Standpunkt — ich nehme  
an, daß dieser Standpunkt auch von meinen politischen  
Freunden aus Billigkeit- und Gerechtigkeitsgründen ge-  
teilt wird, obwohl wir uns nicht darüber ausgesprochen  
haben und die Sache durchaus nicht zu den Dingen ge-  
hört, in welchen die Parteizugehörigen vorwiegend  
unter allen Umständen den gleichen Weg gehen — ich  
möchte also glauben, daß der Herr Finanzminister, dessen  
Ausführungen anzuhören ich leider verhindert war,  
rascher als er in Aussicht gestellt hat, eine  
erweiterte Regelung der Wohnungsgeld-  
frage in's Auge fassen sollte. Ich möchte glauben,  
es sollte erreicht werden können, daß schon auf  
diesem Landtage die Frage der Wohnungsgeldschiffe  
oder wie man es nennen will, in einer für alle Beamten-  
kategorien gleich günstigeren Weise geregelt wird,  
auch die Frage der Beiträge zur Wittwenkasse.  
Ich meine, diese Fragen sollten ihre Erledigung noch  
auf diesem Landtag finden können, wenn recht viel ge-  
schehen wäre. Und ich möchte glauben, daß darin,  
wenigstens in der Hauptsache, schon jetzt eine gewisse  
Ginnmütigkeit im Schooße der Volksvertretung zu fin-  
den sei.

3. Es ist sodann die Frage der Kreisdelegationen  
erwähnt worden; und da hat ein Wort des Herrn Mi-  
nisters des Innern einzugreifen befremdet. Meine  
Herren! Ich glaube nicht feil zu gehen, wenn ich sage:  
Die Kreisverwaltungen mit ihren Aufgaben, mit ihren  
Zielen und mit ihren tatsächlichen Leistungen, sind heute  
zu Tage ungleich populärer als sie es in früheren Zeiten  
gewesen sind. Ich war selbst in einer ziemlich weiten  
Vergangenheit Jahre lang auch Mitglied einer Kreis-  
verwaltung und glaube, daß es jetzt wesentlich besser  
ist, wie man es wünschen muß im Sinne dieser Institute.  
Je mehr da die Großh. Regierung mit sich reden läßt,  
mit Mitteln der Staatskasse unterstützend an die Hand  
zu gehen, desto mehr wird dieses Institut der Selbst-  
verwaltung bis in die unteren Kreise, bis in Kreise, die  
sich nicht im Uebermaß mit öffentlichen Angelegenheiten  
beschäftigen, Interesse finden. Da hat nun aber der  
Herr Minister — und damit komme ich auf das Wort,  
das mich einigermassen befremdet hat, auf die Finanz-  
lage hingewiesen. Wie mir schien, wollte er damit sagen,  
die Finanzlage habe es bis jetzt nicht gestattet, mit Bei-  
trägen an die Kreise weiter zu gehen, als bisher ge-  
gangen worden ist. Ich werde annehmen dürfen, daß  
auch der Herr Minister dem hohen Hause gerne beifügt,  
daß niemals — wenigstens so lange ich weiß, auf irgend  
einer Seite Widerspruch zu konstatieren war, wenn die  
Großh. Regierung weitergehende Anforderungen stellte.  
Und wenn der Herr Minister seine Anforderungen oder  
seine Vorschläge höher stellt, als er getan hat, wird er  
wenigstens hier Widerstand nicht finden. Ich möchte  
glauben, daß auch der Widerstand dort beim Herrn  
Finanzminister zu brechen sein wird. Wenn hätte man  
aber die Finanzlage günstiger sein können als gerade  
jetzt? Und der Herr Minister hat selbst zugegeben, daß  
die geltend gemachten Wünsche und die Seiten der  
Kreisverwaltungen betonten Bedürfnisse weiter gingen.  
Es ist mir auch bekannt geworden, daß man da und  
dort in Kreisverwaltungen, namentlich in solchen Gegen-  
den des Landes, in welchen die Unterhaltungsbedürftigkeit  
der Gemeinden eine größere Rolle spielt als in anderen,  
es ist mir aus solchen Gegenden bekannt geworden, daß

man auffallender Weise eine gewisse Sprödigkeit und  
Zurückhaltung des Ministeriums des Innern auf diesem  
Gebiete zu bedauern hat. Ich stimme vollständig damit  
überein, wenn eine möglichst weitgehende Unter-  
stützung hilfsbedürftiger Gemeinden aus  
Mitteln der Staatskasse in's Auge gefaßt wird.

4. Seitdem wir den neuen Herrn Eisenbahnminister  
haben — das ist ja jederzeit auf allen Seiten des Hauses  
mit großer Genehmigung betont worden — seitdem  
die Eisenbahnverwaltung vom Finanzmini-  
sterium losgelöst ist, sind alle direkten und  
indirekten Interessenten an dieser hochwichtigen  
Staatsanleihe im Allgemeinen wie  
im Besonderen des Lobes voll.

Namentlich ist anerkennend hervorzuheben, daß der  
Eisenbahnbau in einer Weise in Angriff genommen  
wurde, durch direkte Staatsbahnen und durch staatliche  
Unterstützung anderer Bahnen, wie man es in nicht zu  
langer Vergangenheit kaum zu hoffen wagte. Ich betone  
das, um auch meinerseits ein Wort der Anerkennung  
in dem Sinne zu sagen, daß diese Bahn rüstig weiter  
begangen werden soll. Wenn man bedenkt, meine Herren!  
welch lange Vorgeschichte die Gesetzesvorlage hat, die  
uns jetzt unterbreitet worden ist und über die Alles er-  
freut ist, nicht bloß die nächsten Interessenten — ich  
meine die Vorlage über die Bahn nach Dornbrunn; wenn  
man bedenkt, wie lange diese Gesetzesvorlage hat auf  
sich warten lassen; wenn man ferner bedenkt, daß andere  
Bahnprojekte, die bereits zur Ausführung gekommen  
sind, auch eine Jahrzehnte lange Vorgeschichte des Hoffens  
und Sehns und Bittens hatten, dann wird man wohl  
daran erinnern, daß die Eisenbahnpolitik nicht immer die  
Bahnen gewandelt hat, die man als richtig im wirt-  
schaftlichen Interesse der Allgemeinheit bezeichnen muß.  
Möge nun die Bahn, die eingeschlagen worden ist, auch  
rüstig weiter gegangen werden. Dieses hohe Haus wird  
genau darüber sein und wohl auch alle einig haben wie  
drüben, auch seinerseits an der Zustimmung es nicht  
fehlen lassen, mit der entsprechenden Bereitwilligkeit die  
notwendigen Mittel zu bewilligen.

Es ist auch anzuerkennen, daß für das Personal,  
das nach Tausenden von Köpfen zählt und von dessen  
gewissenhafter Pflichterfüllung so außerordentlich viel ab-  
hängt an allgemeinen Staatsinteressen wie an anderen  
Interessen der Allgemeinheit, daß für das Personal im  
Laufe der letzten Jahre mit bereitwilliger Zustimmung  
dieses Hauses recht viel geschehen ist. Möge aber der  
Herr Eisenbahnminister solchen, die auch jetzt noch als  
Beamten kommen, nachdem ihnen vielleicht schon zu ver-  
leihen gegeben worden ist, sie hätten wenig Aussicht,  
möge der Herr Minister es ihnen so schwer nicht an-  
nehmen. Ich finde es menschlich sehr verständlich, denn  
der Herr Eisenbahnminister hat den wohlgegründeten  
Anspruch — wie ich annehme auch die Herren der anderen  
Ministerien; ich spreche nur von diesem, besonders, weil  
ich gerade an dieser Sache bin — mit weitgehend wohl-  
wollender Gerechtigkeit die Interessen des zahlreichen  
Personals wahrzunehmen, das ihm unterstellt ist. Und  
je mehr er sich dessen bewußt ist, daß er mit strenger  
Gerechtigkeit ein weitgehendes Wohlwollen verbindet,  
desto eher ist der Fall denkbar und desto leichter ist er  
zu erklären, wenn ihn vielleicht dann und wann ein An-  
spruch von Wirtschaftung überkommen will, wenn er  
den Eindruck empfängt, daß etwas zu zu-  
bringlich petitioniert wird. Möge er nicht über-  
sehen, daß das eine allgemeine Erscheinung ist.  
Und meine Herren! theilweise ist diese Erscheinung von  
sehr hoher Seite, theilweise wenigstens auf vereinzeltem  
Gebiete von sehr hoher Seite angeregt worden.  
Kraun haben wir geglaubt, das Stadium einer gewissen  
Nähe auf diesem Gebiete vor uns zu haben, da hat der  
Herr Minister des Innern in seiner väterlichen Fürsorge  
für die Amtsvorstände höherer Stellung gekommen. Ich  
weiß nicht, war er vorher bestimmt oder hat er es aus  
eigenem Antrieb getan. Aber dieses vereinzelte Vor-  
kommnis erinnert daran, daß es auch sonst keineswegs  
vermeidlich dofselt.

Die Herren von der Eisenbahnverwaltung höheren und  
niederen Ranges haben mich als andere Klassen von  
Staatsbediensteten das für sich in Anspruch zu nehmen,  
daß in der Regel — nicht bei allen trifft das zu, aber  
doch bei der Mehrzahl — ihre Pflichterfüllung  
eine ungleich verantwortungsvollere ist; daß ihre  
Pflichterfüllung ungleich höhere Anfor-  
derungen an die körperliche und geistige  
Leistungsfähigkeit stellt, als es bei anderen Katego-  
rien von Staatsbediensteten der Fall ist. Nun ist es  
nicht möglich, das muß billiger Weise anerkannt und  
zugestanden werden, diesem Momente auch entsprechend  
Beachtung zu tragen, wenn es sich darum handelt, ihre  
Gehaltsbezüge zu regeln. Aber es darf erwähnt werden,  
wenn in solcher Weise davon gesprochen wird.

Nur so viel in Anlehnung an das „de omnibus et  
quibusdam alii“. Sie werden zugeben, daß ich mich  
einer gewissen Zurückhaltung bediene.

Ich sagte nach meinem persönlichen Dafürhalten könnte  
eine solche Debatte, eine solche Generaldebatte, beschränkt  
werden auf das allgemeine finanzpolitische und auf das  
politische Gebiet. Das finanzpolitische Gebiet ist bereits  
von sachkundiger und kompetenter Seite erörtert worden.  
Ich halte es nicht für angemessen, meinerseits mich gleich-  
falls noch auf dieses Gebiet zu begeben.

Es bietet aber eine solche Generaldebatte die beste und  
angemessenste Gelegenheit, das das allgemeine politische  
Gebiet in den Bereich der Erörterungen zu ziehen. Da  
hat man Gelegenheit und Anlaß, die Frage zu stellen,  
welchen Kurs das politische Schiff des Landes hat.

Man hat Anlaß und Gelegenheit, die Frage zu stellen,  
wie die Beziehungen zwischen Regierung und Volksver-  
tretung sind.

Wenn man als Vertreter einer besonderen Partei dies-  
es Hauses das Wort ergreift, hat man auch Anlaß, zu  
fragen, wie die Beziehungen der Regierung nach dieser

Richtung hin sind; man hat Gelegenheit, die Frage  
aufzuwerfen, ob man dieses oder jenes zu beanstanden,  
dieses oder jenes zu wünschen hat.

### Prinzipieller Standpunkt des Centrums hinsicht- lich der Rechte der politischen Faktoren.

Solche Fragen können aufgeworfen und beantwortet  
werden mit der denkbar größten Nähe und Gemeinsamkeit  
und doch inhaltlich scharf. Ich möchte glauben, daß eine  
recht ausgeprägte, scharfe Betonung dessen, was ein und  
was trennt, durchaus am Platze ist. Ich möchte auch  
für meine Partei in Anspruch nehmen — ohne damit sagen  
zu wollen, daß es bei anderen nicht zutrifft — daß wir  
schon durch unseren politischen Standpunkt, den wir zu  
jeder Zeit betonen und in Theorie und Praxis geltend ge-  
macht haben, daß wir schon in Konsequenz dieses politi-  
schen Standpunktes durchaus bezogen sind, auf derartige  
Fragen eine sachgemäße und richtige Antwort zu geben.

1. Meine Herren! Wir stehen so streng, wie es bei  
einer Partei nur sein kann, auf dem Boden der ver-  
fassungsmäßig geregelten Rechte für die  
verschiedenen Faktoren, die im Verfassungs-  
leben des Landes eine Rolle zu spielen haben.  
Und wir sind redlich bemüht, wo sich Gelegenheit bietet,  
auch die Konsequenzen aus diesem Standpunkt zu ziehen.  
Wir gehen von der Ansicht aus, daß die Rechte eines  
jeden der Faktoren, welche in Betracht kommen, zu re-  
spektieren und nötigen Falls zu schützen sind. Der Schutz  
fremder Rechte ist der beste Maßstab für die Geltend-  
machung und den Schutz eigener Rechte.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir sagen: auch  
dann sind die Rechte anderer Faktoren sorgfältig im  
Auge zu behalten und zu respektieren, wenn von ihnen  
ein Gebrauch gemacht wird, der einem nicht wünschens-  
wert erscheint. Das, meine Herren! gilt für alle Fak-  
toren.

2. Wir sind dementsprechend zu jeder Zeit der Mei-  
nung gewesen und ich gebe ihr heute nicht zum ersten  
Male Ausdruck, wenn vielleicht auch mit anderen Worten,  
daß die Rechte der Großh. Regierung in jeg-  
lichem Betreff, auf jeglichem Gebiete und bei  
jeglicher Frage zu respektieren sind. Daß man  
stille zu stehen hat, wenn etwa eines dieser Rechte in  
Frage kommen sollte.

Wir waren zu jeder Zeit der Meinung, daß die Großh.  
Regierung am besten das allgemeine Wohl fördert um  
ihre Aufgabe vom Segen des Landes am besten erfüllt  
ihre Stellung am besten entspricht — ihrer Stellung,  
nach oben wie nach unten — wenn sie möglichst bemüht  
ist, das Wort zu betätigen, welches zu unserer freudigen  
Genehmigung einer der Herren Minister bei einem be-  
sonderen „Anlaß“ gesprochen hat: „über oder“ — wie  
er näher erklärend beifügte — „neben den Par-  
teien“: frei und unabhängig, nicht im Schildepaar irgend  
einer Partei. Wir betrachten es nicht als eine glück-  
liche Sentenz, wir betrachten es als eine jener be-  
dauerwürdigen Sentenzen, welche den Widerspruch heraus-  
fordern mußten, wenn ein anderer Minister diese Sentenz  
als ein „Schlagwort“ bezeichnen zu dürfen glaubte. Mein,  
meine Herren! wir glauben, mit Grund sagen zu können:  
es ist kein Schlagwort, es war auch nicht als Schlag-  
wort gemeint. Wir müssen uns redlich bemühen, von  
unserer Seite dafür zu sorgen, soweit wir es können,  
daß es auch in der Praxis nicht als ein bloßes Schlag-  
wort sich zeigt. Ich möchte glauben, daß ich mit diesen  
Bemerkungen auf irgend einen Widerspruch nicht stoßen  
kann.

Wir verkennen nicht, daß die Stellung oder vielmehr  
die Aufgabe, die Erfüllung der Aufgaben und der Pflichten  
einer Landesregierung in unserer Zeit eine bedeutend  
schwierigere, auch abgebehen von der Arbeitslast, die in  
früheren Zeiten eine geringere gewesen ist.

Wir haben unbeschadet aller Gegenfälle und un-  
abhängig auch von den größten politischen und kirch-  
lichen Kämpfen — dieses Zeugnis wird uns  
nicht verjagt werden können — zu jeder Zeit, mochte  
dort am Regierungstische auch jenen Plätzen sich befinden,  
wer da wollte, uns redlich bemüht, diese schwie-  
rige Aufgabe zu erleichtern und nicht zu er-  
schweren. Wir waren zu jeder Zeit bemüht, wir haben  
das in der Vergangenheit getan und wie wir's gehalten  
haben, das gilt für die Gegenwart; das wird auch in  
Zukunft so gehalten. Wir waren jederzeit bemüht, die  
Gegenfähigkeit und den Kampf auf die Gebiete zu beschränken,  
auf welchen sie eine Rolle zu spielen hatten. Und die Minister, welche  
schon durch ihre Stellung die Hauptträger der Gegen-  
fähigkeit und des Kampfes waren, werden uns das  
Zeugnis nicht verjagen können, daß auf anderen Gebieten  
nicht bloß ein thatsächlich einträchtiges, sondern auch ein  
freundliches Zusammenarbeiten sich gezeigt hat.

Uns, meine Herren, hat man niemals auf den Wegen  
betreten, daß wir gegen Minister des Innern los-  
stürmten, weil sie unsere politischen Rich-  
tung nicht beagten, und daß man unabhängig von  
der Art und Weise, wie sie ihres Amtes walteten, jeg-  
liche Gelegenheit nicht bloß benützte, wenn sie sich ge-  
boten, sondern aufsuchte, ihnen thörichtes gegenüberzutreten.  
Uns hat man auf diesen Wegen nie betreten.

3. Wir glauben aber auch, daß wir ein Recht dazu  
haben und dem Volke gegenüber eine Pflichterfüllung  
ausüben, wenn wir scharf und streng auch die  
Kompetenz dieses Hauses betonen und fest-  
halten und die Ansprüche in der Theorie und  
in der Praxis feststellen, die es als solches  
an die Großh. Regierung stellen kann.

Meine Herren! unsere konstitutionelle Staatsver-  
fassung — wir haben ja keine parlamentarische — legt  
den Ministern, legt der Großh. Regierung die  
Pflicht auf, die selbstverständliche Pflicht,  
die aus dem Geiste der Verfassung entspringt,  
Nähe zu nehmen auf die Stimmung, wie  
sie in der Volksvertretung sich präsentirt.

Unsere Staatsverfassung kennt keine Parteien einer Volksvertretung, sondern nur eine Volksvertretung und im gegebenen Falle eine Mehrheit derselben. Schon daraus geht hervor, daß wenn die Groß-Regierung ihre Beziehungen zur Volksvertretung in einer dem Geiste der Verfassung entsprechenden Weise pflegen will, daß sie dann nicht zu fragen hat, welcher politischen Färbung ist die Mehrheit des Hauses, sondern nur darnach, wohin neigt die Mehrheit des Hauses. Auch dem persönlich ausgeprägtesten Nationalliberalen auf einer Ministerbank — persönlich, emtlich soll's ja keinen Nationalliberalen auf einer Ministerbank geben — auch dem persönlich ausgeprägtesten Nationalliberalen auf einer Ministerbank darf es nicht abzufragen werden, als Mitglied der Regierung sich auf diesen Standpunkt zu stellen, dem auch sonst im politischen Leben von höheren Stellen, als Ministerstellen, in der Rechnung getragen werden muß. Und wir werden es als einen ungeschickten Zustand in den Beziehungen zwischen der Regierung und der Volksvertretung betrachten müssen, wenn Seitens einer Groß-Regierung als Ganzes oder Seitens einzelner Mitglieder dieser Regierung eine Mehrheit der Volksvertretung gegenüber in Worten oder in der That eine Bismarck'sche Sentenz Anwendung fände, die auch nicht zu den glücklichen und erbaulichen gehört. Ich nehme an, daß die Sentenz nicht auszusprechen brauche; die legt sich ja von selber nahe. Sie kennen sie ja.

Das Maß, meine Herren, und die nähere Art, wie diese Rücksichtnahme zur Geltung kommen soll, das ist allerdings nicht fixirt und das kann auch nicht fixirt werden. Und wir nicht unüberwindlich zu werden, will ich beifügen: ich gehöre durchaus nicht zu den Politikern und keiner unter meinen politischen Freunden in diesem Hause weder in der Vergangenheit noch in der Gegenwart und ich möchte glauben auch in der Zukunft; unter meinen politischen Freunden ist Niemand, der etwa die Meinung hätte oder praktisch begehren wollte, eine Groß-Regierung habe einfach die Beschlüsse, die Mehrheitsbeschlüsse dieses Hauses entgegenzunehmen, um dann die Rolle eines ausführenden Organes zu spielen. Auf diesem Standpunkt stehen wir nicht. Aber meine Herren! Die Groß-Regierung im Lande haben, die hat in vergangenen Zeiten diesen Standpunkt praktisch befolgt, seltene Ausnahmefälle abgerechnet. Und der Theil der Groß-Regierung in der Gegenwart, der am allermeisten — ich darf noch weiter gehen und sagen: ausschließlich, denn nur indirekt ist der andere auch betheilig — der Theil der Regierung, der uns am allermeisten Anlaß zu Verhandlungen und Beschwerden gibt, der ist nicht bloß hervorgegangen aus der Partei, welche eine solche Rolle gespielt hat, sondern kann es bis zur Stunde nicht verbergen, wie sehr er Anlaß hat, dieser Partei gegenüber zu sagen: „Geht von meinem Geiste.“ Also wir sind weit davon entfernt, Anspruch darauf zu erheben zu wollen, daß die Mehrheitsbeschlüsse dieses Hauses ob sie von antinationalliberaler Seite aus zu Stande kommen oder von nationalliberaler, einfach entgegenzunehmen sind, um den entsprechenden Vollzug darauf folgen zu lassen.

Es geht sich aber ganz von selbst, wenn man Wert legt auf freundschaftliche Beziehungen, die dem Geiste der Verfassung entsprechen sollen und eine von den Voraussetzungen eines gedeihlichen Wirkens und einer gedeihlichen Arbeit im parlamentarischen Leben sind, und wenn auch Beweigtheit besteht, solche freundschaftlichen Beziehungen aufrecht zu erhalten, es sich dann von selber nahe legen muß, daß die entsprechenden Rücksichten thatächlich genommen werden, auch ohne daß eine strenge Fixirung dessen zu verlangen ist, was etwa als Pflicht anzusehen ist. Und in jedem Falle, meine Herren! muß man Anspruch darauf erheben, daß bei einer konstitutionellen Staatsverfassung, wo eine Volksvertretung besteht, Beschlüsse derselben, deren Inhalt zweifellos die Zustimmung der überwiegenden Mehrheit, der allergrößten Mehrheit aller derer gefunden hat, die außerhalb dieses Hauses im Besitze politischer Rechte sich befinden, daß solche Beschlüsse auch respektirt werden.

Meine Herren! Wie wir die Stellung dieses Hauses und seine Kompetenzen aufrecht erhalten und betonen, wo sich Gelegenheit bietet, so selbstverständlich auch die Kompetenzen des anderen hohen Hauses. Wir — ich glaube im Sinne aller meiner politischen Freunde zu sprechen, die Vergangenheit tief ja auch den Beweis dafür; wir werden nicht mit Steinen auf diejenigen Politiker, die etwa der Meinung wären, die Erste Kammer sollte verschwinden. Wir selber sind aber dieser Meinung nicht; wir waren ihrer nicht und werden ihrer wohl auch niemals sein. Und wir würden es bedauern, wenn diese Meinung die vorherrschende und damit in die Praxis überführt würde. Das ist mein Standpunkt, das ist unser Standpunkt, wie es die Vergangenheit wohl bestätigt. Wir haben es bezeugen in den 1870er Jahren als unrichtig gefunden und misbilligt, als ein immer wiederkehrendes Anstürmen auf die Erst- und Fortdauer der Ersten Kammer zu verzeichnen war. Von dem es ausgegangen ist, brauche ich nicht zu sagen; es ist ja schon aus der politischen Geschichte unseres Landes bekannt. Aber das sagen auch wir, daß die Zusammenfügung des anderen hohen Hauses nicht bloß in den 1870er Jahren reformbedürftig war, sondern in der Jetztzeit noch mehr. Den wesentlich veränderten Verhältnissen entspricht diese Zusammenfügung nicht. Wir brauchen uns aber den Kopf nicht zu zerbrechen über Angelegenheiten und Fragen, die uns zunächst etwas ferner liegen. So lange es der Groß-Regierung und den Mitgliedern des anderen hohen Hauses recht ist, können wir auch darüber hinweggehen. Allein das muß betont werden, daß ganz im Einklang mit dem Geiste unserer konstitutionellen Verfassung und auch im Einklang mit der parlamentarischen Geschichte des Landes und speziell mit der parlamentarischen Geschichte Badens der politische Schwerpunkt in der Zweiten Kammer liegt und nicht in der Ersten. Die Zweite Kammer kann sich nicht über die Erste hinwegsetzen; Entgegenkommen gegen Entgegenkommen! Rücksichtnahme gegen Rücksichtnahme!

Aber eine Groß-Regierung, die diesen Stand verabschieden würde und entweder auf die Dauer oder auch nur ab und zu die Erste Kammer gegen die Zweite auspielt, eine solche Groß-Regierung würde ihre Verhältnisse zu der Zweiten Kammer nicht in der richtigen Weise respektiren und geltend machen.

6. Meine Herren! Wir halten aber auch hoch die verfassungsmäßig festgelegte Rechte der einzelnen Staatsbürger. Und da will ich zum Voraus sagen: in dem großen Meinungsstreit der auszugehen ist, handelt es sich durchaus nicht — wenigstens nicht für uns, wir werden die Frage nicht auf — da handelt es sich durchaus nicht darum, irgend welche neuen staatsbürgerlichen Rechte ein-

zuführen und festzulegen. Nein, meine Herren! es ist nur in Frage gestellt, die längst festgelegten, von der Verfassung gewährleisteten Rechte mit dem Schutze zu umgeben, daß sie im Geiste der Verfassung geltend gemacht werden können. Um etwas Anderes handelt es sich nicht. Die Wahlrechtsfrage ist nicht die Frage der Konstituierung neuer Rechte, durchaus nicht. Wenn sie das wäre, meine Herren! dann hätte man Anlaß, den Widerstand der Groß-Regierung etwas anders zu beurtheilen. Und darum soll man uns auch nicht kommen mit dem Hinweis auf radikale Strömungen oder wie an und morgen wieder ein Anderes. Nein, meine Herren! nur darum handelt es sich, von der Verfassung festgelegte Rechte auch zur Geltung kommen zu lassen. Und die Ausübung politischer Staatsbürgerrechte hat Anwartschaft darauf, wenn sie des Schutzes bedarf und eines Rückhaltes, bei der Groß-Regierung Schutz und Rückhalt zu finden. Gerade in dieser Beziehung muß sie eine Regierung „über den Parteien“ oder vielmehr „neben den Parteien“ sein. Und wenn einzelne Personen oder Kategorien von Staatsbürgern ephemer und zufälliger Ueberzeugung folgen von ihren Rechten einen Gebrauch machen, der vielleicht den Beifall der Herren, die der Regierung angehören, nicht findet, so darf dies niemals ein Grund und Anlaß dafür sein, diesen einzelnen Personen oder ganzen Kategorien von Persönlichkeiten im öffentlichen Leben oder im Dienste des Staates irgendwie die Wege zu verlegen oder die Wege zu erschweren.

Noch viel weniger darf es vorkommen, daß die Ausübung solcher Rechte von ganzen Bevölkerungsklassen in irgend welchen Zusammenhang mit Dingen gebracht wird, die nicht in notwendigem Zusammenhang damit stehen. Wenn es mit Grund sollte befragt werden müssen, daß die Behandlung kirchlicher Angelegenheiten — kirchlicher im eigentlichen Sinne des Wortes, kirchlicher im weiteren Sinne —, soweit die Groß-Regierung sie in Behandlung zu nehmen hat, in Zusammenhang damit gebracht werden, wie eine politische Partei im Lande durch ihre Aktion der Groß-Regierung gefällig oder unfällig ist; wenn mit Grund darüber gefragt werden könnte, dann wäre es in meinen Augen eine schwerwiegende Uebervorteilung und das allgemeine Wohl gefährdend. Dann müßte Abhilfe geschaffen werden.

Nachdem ich Ihnen das Alles gesagt habe, können Sie, meine Herren! deutlich herausfinden, wie ich die Frage nach der tatsächlichen politischen Richtung der Groß-Regierung beantworte; die Frage nach den tatsächlichen Beziehungen zwischen der Regierung und der Volksvertretung als solcher wie auch die Frage nach den Beziehungen zu der Partei, in deren Namen ich spreche.

### III. Beschwerden politischen Inhalts.

Wir belagen es und können nicht anders als klagen der Regierung gegenüber aufzutreten und müssen die Gelegenheit dazu zu benützen, wo wir die Vertreter aller Ministerien befragen haben; wir belagen es, daß die Groß-Regierung, die mehr als einmal zum Schaden und zur Gefährdung allgemeiner Interessen — selbstverständlich ist das subjektive Moment ausgeschlossen, das brauche ich ja nicht zu sagen —, mehr als einmal zum Schaden hochwichtigen Interessen nach unserer Ueberzeugung von damals wie von heute, nach unserer Empfinden auch nicht im Einklang mit den Forderungen der Gerechtigkeit, Anordnungen dieses Hauses und der Mehrheit, die damals vorhanden war, Folge geleistet hat, daß dieselbe Regierung sich nun so hartnäckig über Beschlüsse der Kammer hinwegsetzt, die mit Mehrheit gefaßt waren. Wir belagen es auf politischem Gebiete; wir belagen es namentlich auf kirchlichem Gebiete.

1. Der Herr Staatsminister hat die Frage, um die es sich in der Wahlrechtsangelegenheit handelt, durchaus nicht zurecht gestellt. Der Herr Abg. Heimbürger hat ihm bereits erwidert; ich schließe mich seiner Erwidern an und habe noch einiges Andere beizufügen. Wir wollen durchaus nicht staatsbürgerliche Rechte neu schaffen oder bestehende erweitern; durchaus nicht. Unsere Forderung des allgemeinen gleichen Wahlrechts braucht ja nicht gestellt zu werden, der Herr Abg. Her hat sich nur verprochen; das ist ja da. Unsere Forderung, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht in direkter Form ausgedrückt werde, bedarf sich ja vollständig mit dem, was wir bereits haben. Wenn es ein allgemeines und zwar gleiches Wahlrecht sein soll, dann ist es eine naturnotwendige Konsequenz, daß es direkt ausgedrückt wird. Wenn es indirekt ausgedrückt wird, dann hat das „gleiche“ einen wesentlichen Mangel.

Der Herr Staatsminister hat, wie heute wiederholt in die Erinnerung zurückgerufen wurde, von einer Mittel-Linie gesprochen. Ja, meine Herren! das ist eine äußerst unzutreffende Bezeichnung des Charakteres und der Tendenz der Denkschrift. Wenn sie einigermaßen zutreffend wäre, dann wäre nicht von jener (der national-liberalen) Seite des Hauses wohl zur allgemeinen Ueberzeugung schon jetzt ein so starker Widerspruch gemacht worden. Meine Herren! An einer „Mittel-Linie“ streicht man so viel nicht ab und ich gebe nach den Andeutungen des Herrn Abg. Wildens die Hoffnung nicht auf, daß wenigstens er dafür plädiert, daß man einen Schritt weiter geht, um sich dann auch wirklich zusammen zu finden.

2. Diese Vorschläge oder Gedanken, wie man sie nennen will, die in der Denkschrift ihren Ausdruck gefunden haben, sind die denkbar schwersten Angriffe auf das allgemeine gleiche Wahlrecht. Und, meine Herren! wenn man die Forderung der direkten Form der Ausübung dieses Wahlrechtes mit den schwersten Angriffen auf das bestehende allgemeine gleiche Wahlrecht beantwortet, dann schlägt man doch wahrhaftig nicht eine „Mittel-Linie“ vor. Und es würde wirklich offener und sogar auch freundlicher thäten, wenn es direkt gesagt und ausgesprochen würde: ja! das allgemeine gleiche Wahlrecht ist uns ein Stein des Anstoßes.

Wir werden aber niemals, meine Herren! dafür zu haben sein, daß an dem bestehenden allgemeinen gleichen Wahlrecht gerüttelt wird. Das ist für uns ein „noli me tangere“.

3. Dann kommt aber noch etwas Anderes. So freundlich und hoffnungsvoll die bezügliche kurze Bemerkung des Herrn Abg. Wildens auch geklungen hat, hat es mich doch außerordentlich befremdet, daß er auf den Vorschlag einer Wahl von Abgeordneten durch Bürgerausschüsse sich wieder zurückgezogen ist. Er hat dabei gemeint, wir seien auch in politischen Dingen nicht so weit von einander entfernt.

Ja, meine Herren! dafür werden wir niemals zu haben sein. Je mehr wir den Standpunkt vertreten, die politischen Gegenstände, die ja niemals verschwinden werden, nur auf den Arbeitsgebieten zur Geltung kommen zu lassen, auf denen sie nach der Natur der Sache eine Rolle zu spielen haben und je dringender, wichtiger und notwendiger es erscheint, in den Dienst der Allgemeinheit in Staat, Kreis und Gemeinde alle verfügbaren leistungsfähigen Kräfte zu nehmen, mögen sie einer politischen und konfessionellen Richtung angehören, welcher sie wollen, je mehr wir auf diesem Standpunkte stehen und auf der anderen Seite sagen müssen: in keinen Gemeindefällen des Landes ist es dringender, wichtiger und notwendiger, daß in der Gemeindeverwaltung politische Gegenstände eine Rolle nicht spielen, soweit dies überhaupt erreichbar ist; je mehr wir auf diesem Standpunkte stehen, desto mehr müssen wir auch sagen: Die Politik aus den Rathhäusern dieser städtischen Gemeinden hinaus! In dem Augenblicke aber, in welchem wir Abgeordnete, Vertreter des Volkes, Mitglieder dieses Hauses durch Bürgerausschüsse bestellen müßten, von dem Augenblicke an wären wir weit zurückgeworfen in die Zeit, die wir für glücklich überwinden bieten, von der wir glauben, sie wäre wenigstens zum größten Theile vorüber. Trotz der politischen Gegenstände steht ein Kollege von uns in allgemeiner Achtung und findet allgemeine Anerkennung: ich meine den Herrn Kollegen Wildens (wenn der Herr Kollege Fießer in gleicher Verfassung sich befinden würde, würde ich freilich von ihm das Gleiche sagen). Sehr wahrscheinlich wünscht die große Bürgerschaft der Stadt, an deren Spitze er steht, ihn noch möglichst lange an dieser Stelle erhalten zu können. Ich exemplifizire auf ihn, weil dieses Beispiel sich wirklich so nahe legt. Nun, meine Herren! wenn Sie die Bürgerausschüsse zu politischen Wahlkörpern gemacht haben, dann bin ich und ich ist es jeder Andere, der einer anderen Partei als der zu Wählenden angehört, genötigt, die Leute unter dem Gesichtspunkte der kommenden politischen Wahl zu bestellen. Und dann haben Sie den politischen Gegenstand und den politischen Kampf auf dem Rathhause. Ich bebaure deshalb und kann es fast nicht begreifen, daß man den Standpunkt der Bestellung politischer Vollvertreter durch Bürgerausschüsse in unsere Zeit zurückrufen will. Es war ja eine belagerte Zeit, in welcher man auch die tüchtigsten Kräfte nicht auf die Rathhäuser kommen ließ, wenn sie nicht einer bestimmten politischen Strömung angehörten.

Meine Herren! Darin ist gefundigt worden, nicht nur von Ihnen dort drüben (von nationalliberaler Seite), Sie waren nur mehr in der Lage, es thun zu können; es ist auch gefundigt worden auf anderer Seite. Ich erinnere mich noch sehr lebhaft, als junger Mann, ehe ich Abgeordneter war, einen sehr leistungsfähigen Gemeindevorsteher meiner politischen Richtung förmlich beschworen zu haben, er solle doch dafür sorgen, daß auch die politische andere Gesinnung seiner Gemeinde eine ihrer Zahl entsprechende Vertretung auf dem Rathhause bekämen. Er hat nicht mit sich reden lassen. Wollen Sie das nur aufpassen als eine Bemerkung ganz allgemeiner Natur. Aber es sollte das Gewicht derselben und die Wichtigkeit von keiner Seite verkannt werden.

Das brauchen wir den Herrn Kollegen Wildens nicht zu fragen, wie viele Abgeordnete er diesen größten Städten zugeordnet hat. Er hat das nicht angeordnet und ihn privatim darüber zu interpelliren habe ich nicht für angemessen gehalten, da in Aussicht steht, daß wir nächste Woche uns darüber aussprechen können. Er mag uns nun aber eine kleine oder große Zahl vorschlagen; auf diesen Gedanken lassen wir uns niemals ein. Ich glaube, das sagen zu dürfen. Jedermann im befreundeten wie im gegnerischen Lager möge sich überzeugen halten, daß ich unter keinen Umständen für einen solchen Gedanken zu gewinnen wäre. Und ich glaube, damit im Interesse der Allgemeinheit zu sprechen. Es ließe sich ja die Frage aufwerfen, ob, wenn die Dinge so weiter gehen, es nicht in einer nicht so fernem Zukunft erreichbar wäre, Vertreter solcher Stadtgemeinden durch die Bürgerausschüsse in antinationalliberalen Sinne zu bekommen. Allein, meine Herren, diese Frage spielt bei meiner Beurtheilung der Sache absolut keine Rolle. Ich würde gar nicht anders urtheilen, auch wenn mir Jemand den ziffermäßigen Nachweis dafür erbringen könnte, daß die Wahl von diesen Abgeordneten in einem anderen Sinne ausfallen würde, als den Herren auf jener Seite des Hauses vielleicht erwünscht ist.

4. Aber wollen Sie nicht mit sich reden lassen, wenn man sagt: Größere Gemeinden, die nach ihrer Einwohnerziffer abgeschlossene Wahlbezirke mit mehreren Abgeordneten bilden müssen, läßt man mit Anwendung des Proportional-Systems wählen!

Meine Herren! Das wäre dann vielleicht eine Mittel-Linie. Man würde damit ein wichtiges Zugeständniß machen. Ich will nicht näher auf die Sache eingehen, aber doch sagen: nach meiner innersten Ueberzeugung — ich glaube, die ist ziffermäßig zu belegen — wäre dieses System, allgemein angewendet, nicht bloß das gerechteste, nämlich das gerechteste in Hinsicht auf den Anspruch der Parteien, zur Geltung zu kommen, sondern auch das angemessenste im allgemeinen Interesse des Landes wie im Interesse der Beziehungen, der Stellung der Groß-Regierung zur Volksvertretung. Wenn dieses System zur Anwendung käme, dann, meine Herren, würde es sich ganz von selber machen, daß die Stellung der Groß-Regierung die würde, wie die als Schlagwort bezeichnete Sentenz lautet. Dann würde es niemals eine Mehrheit einer einzelnen Partei geben.

Nun, meine Herren! je mehr man dem das Wort spricht, desto mehr muß man über den Verdacht erhaben dastehen, nur Partei-Interessen im Auge zu haben.

Wenn es nun nicht allgemein zur Anwendung käme, sondern nur vereinzelt, dann wäre das ein Zugeständniß der Bedenken, welche in Hinsicht auf die Einführung des direkten Wahlverfahrens geltend werden; dann würde diesen auch Rechnung getragen. Die Frage ist zwar sehr neuen Datums und sehr durchsichtig, die der Herr Abg. Fießer bei jeder Gelegenheit vernehmen läßt, daß eine Stadt wie Mannheim nur Vertreter des Arbeiterstandes oder der Sozialdemokratie als Abgeordnete hat. Es würden dann ganz von selbst noch andere dazu kommen. Sie werden mir auch in dieser Beziehung zugeben und zugeben müssen, daß die Verlegung meines Standpunktes den parteipolitischen Gesichtspunkten vollständig entriekt ist. Wenn Sie das indirekte Wahlsystem vorziehen lassen, dann wird kaum etwas Anderes die Wirkung sein, als das, was Sie von der Einführung des direkten Wahlverfahrens fürchten.

Wenn Sie dieser zweifellos allgemein getheilten Ansicht Rechnung tragen, dann wird es zur Geltung der

Partei-Verhältnisse und wesentlich auch zur Geltung der Wahlkämpfe beitragen. Umgekehrt, wenn es nicht gelänge sollte.

5. Nun hat der Herr Minister des Innern — diese Bemerkung habe ich mit angehört — zur Rechtfertigung der Haltung der Groß-Regierung sich auf die Thatsache berufen, daß die verfassungsmäßig notwendige Mehrheit dieses hohen Hauses in dieser Frage bisher nicht zu Stande gekommen sei, wenigstens nicht auf dem letzten Landtage. Ich darf mir schon die Frage an den Herrn Minister gestatten:

Seit wann ist er denn geneigt, eine verfassungsmäßig genügende Mehrheit dieses hohen Hauses zu berücksichtigen?

Meine Herren! Auf dem Landtage 1891/92 haben wir — ich rechne es dem Herrn Abg. Wildens und dem Herrn Präsidenten, der damals noch einfacher Abgeordneter war, noch heute hoch an, daß sie damals mitgeholfen haben — da haben wir mit verfassungsmäßiger Mehrheit den Beschluß dieses Hauses zu verzeichnen gehabt, daß die Groß-Regierung ersucht wurde, das direkte Wahlverfahren einzuführen und im Anschlusse daran — so hat es geheißen, nicht wörtlich, aber inhaltlich trifft es zu — eine Gesamtkonvention der Verfassung in's Auge zu fassen. Meine Herren! Das war ein Beschluß dieses Hauses mit verfassungsmäßiger Mehrheit. Der Herr Minister war ja nicht in seiner heutigen Stellung, aber er stand diesen Dingen ansehnlicher nahe und sein Fuß war schon damals — nicht bloß im Ministerium des Innern — ungemein sichtbar, namentlich in dieser Hinsicht. Man hat aber auch nicht das leiseste Anzeichen zu bemerken gehabt, daß Neigung bestände, diesem mit verfassungsmäßiger Mehrheit gefaßten Kammerbeschlusse Rechnung zu tragen.

Auf dem Landtage 1893/94 haben wir trotz des Widerspruchs des Herrn Ministers des Innern fast einmüthig 8 Stimmen schloßen — den Beschluß gefaßt, daß das direkte Wahlverfahren mit proportionaler Vertretung eingeführt werden solle — ich wiederhole: trotz des Widerspruchs des Herrn Ministers des Innern. Damals war man auf jener Seite des Hauses mit uns der ganz gleichen Meinung, daß der Gedanke, der in der Denkschrift der Groß-Regierung eine Erneuerung erfahren habe, durchaus von der Hand zu weisen sei. Das Ministerium des Innern hat keinen Anlaß genommen, darauf Rücksicht zu nehmen. Stillschweigend ist man darüber hinweggegangen. Deswegen bin ich zu der Frage berechtigt:

Seit wann besteht die Neigung des Herrn Ministers des Innern, Kammerbeschlüsse zu berücksichtigen, wenn sie die verfassungsmäßige Mehrheit haben?

Von Seite des Herrn Kollegen Seimbürger und von anderer Seite — ich meine, Herr Godt ist es gewesen — ist bereits auf Etwas hingewiesen worden, und ich bitte den Herrn Minister des Innern, mit dieser logischen Debatte nicht mehr zu kommen. Denn sie macht es immer schwerer, ihm in Ruhe und Gemessenheit zu antworten. Es ist eine unangenehme Thatsache, daß die Herren auf jener Seite des Hauses ihren Standpunkt nur bezeugen lassen haben, sie haben es ja auch in der Öffentlichkeit damit gerechtfertigt, weil die Regierung das sonst an anderer Stelle bekannnte „non possumus“ geäußert hat. Damit haben sie es gerechtfertigt. Wenn die Groß-Regierung, speziell das Ministerium des Innern, mit sich hätte reden lassen, dann würde die Herren auf jener Seite dafür zu haben gewesen. Im letzten Wahlskampfe haben sie ja so energisch als möglich ihre Haltung damit begründet:

„Man kommt über die Schwierigkeiten nicht hinweg, welche die Groß-Regierung macht.“

Also die Ursache, die Quelle der nachträglichen ablehnenden Haltung jener Seite des Hauses, die sitzt dort (am Ministerium). Und nun sollen wir uns sagen lassen: „Wir stehen vor der Thatsache, daß eine verfassungsmäßige Mehrheit nicht zu Stande kommt.“ Nein, das ist logisch nicht korrekt geäußert; so darf man nicht sprechen, wenn man Andererseits erwartet, daß die Meinungen über diese Dinge ruhiger und sachlicher Debatte ausgetauscht werden. Der Herr Minister ist der Urheber und der Herr Minister ist das Rechtfertigungsmaterial für jene Herren. Denn ist es natürlich nicht unerwünscht, daß der Herr Minister Widerstand erhebt. Denn wenn es ihnen unerwünscht wäre, meine Herren: die einmüthig etwas galante Interpellation in Sachen der Verfassungsfrage, die erinnert ja daran, wenn man auch keine Thatsache daran der Vergangenheit zu verzeichnen hätte, die erinnert daran, welche Sprache sie dann führen würden, wenn die Regierung ihren eigenen Wünschen entgegen wäre. Dann würden die Herren von der Groß-Regierung die Erfahrung machen, daß selbst mit einer Minderheit auf jener Seite des Hauses schwerer Kirchen essen ist als mit einer großen Mehrheit auf dieser Seite.

Der Herr Minister soll uns also mit dieser Debatte nicht mehr kommen. Es ist und bleibt Thatsache, daß die Groß-Regierung, speziell der Herr Minister des Innern, in dieser Frage nicht mit sich reden läßt, obwohl er weiß, daß die große Mehrheit des Hauses — wenigstens Ausnahmen abgerechnet —; obwohl er weiß, daß die überwiegende Mehrheit drinnen im Lande diesen Standpunkt billigt und die Berücksichtigung derselben wünscht, den wir vertreten haben, jetzt vertreten und vertreten werden.

Aber wenn der Herr Minister mit sich reden läßt und die Herren auf jener Seite des Hauses sich auch mit einem solchen Gedanken theilweiser proportionaler Vertretung befremden könnten, dann könnte man vielleicht zu einem Ziele kommen. Und sehr gerne, meine Herren! — das kann ich versichern, in einem anderen Sinne habe ich auch früher nicht gesprochen — sehr gerne, es würde uns nicht schwer fallen, würden wir über die Kämpfe der Vergangenheit hinweggehen.

6. Wenn aber das nicht der Fall ist; wenn eine Einigung über die Wahlrechtsfrage im eigentlichen Sinne des Wortes nicht zu erzielen ist, warum macht sich das Ministerium nicht daran, wenigstens die Frage der Wahlkreis-Einteilung einmal anzufassen?

Das Ministerium würde die Situation in einer Weise unrichtig beurtheilen, die geradezu rüthselhaft wäre, wenn es die Hoffnung hätte, auf der Grundlage einer solchen Denkschrift eine Einigung mit der Volksvertretung zu erzielen. Wenn es nun nicht möglich ist, in der Frage des direkten Wahlrechtes eine Einigung herbeizuführen, gut, dann hätten wir doch Etwas, wenn zwar das indirekte Wahlverfahren bleiben, aber eine gerechte Wahlkreis-Einteilung uns gegeben würde.

Meine Herren! Daß die bestehende Wahlkreis-Einteilung einer Reform bedürftig ist, das wird ja auch auf Seite der Regierung selbst zugegeben, das wird nicht

in Abrede stellt; das ist von allen Seiten des Hauses bestätigt worden. Auch jene (auf national-liberaler Seite) Herren haben es durchaus bestätigt, wenn vielleicht auch nicht in dem Umfang und dem Grad und in allen Einzelheiten, wie wir es thun. Aber wo in aller Welt hat die Regierung eines Landes so lange zugewartet und sich gedrückt, eine Verfassungsfrage wirklich in Angriff zu nehmen, von der sie selber sagen mußte: nach dem gegenwärtigen Zustande liegt die Sache im Argen?

#### IV.

### Beschwerden kirchenpolitischen Inhaltes.

Nun, meine Herren, komme ich auf ein anderes Gebiet; ich komme auf das kirchenpolitische und will mich da möglichst kurz fassen. Ich glaube nicht, daß die Bemerkungen, die ich hier mache, den Herrn Kultusminister allein angehen. Ich glaube vielmehr, daß sie nach ihm unmittelbar auch den Herrn Minister des Innern betreffen. Wir haben schon mehr als einmal Anzeichen dafür bekommen, daß der Herr Minister des Innern nicht bloß — das sage ich nicht, um ihn zu tabeln; das gefällt mir — mit feiner Hand und tüchtiger Arbeit sein Ministerium leitet — das sage ich ihm zum Lobe, und ich habe noch niemals mit dem Lobe getarnt, selbst auf die Gefahr hin, daß es von der anderen Seite und ihrer Presse in einer Weise ausgeschlachtet wird, die mit dem Geboten der Lokalität im Widerspruch steht — daß der Herr Minister mit starker, fester, mitunter auch rauher Hand sein Ministerium leitet, sondern daß er einen sehr starken Fuß ab und zu auch im Ministerium der Justiz und des Kultus hat.

1. Nun, meine Herren, wie wir in politischen Fragen, in der Wahlrechtsfrage, lebhaft auf dem Boden der bestehenden Einrichtungen stehen, die durch die Verfassung sichergestellt sind, so bewegen wir uns mit unseren kirchenpolitischen und kirchlichen Bestrebungen und Wünschen hauptsächlich auf dem Boden des Gesetzes von 1860.

Ich weiß sehr wohl, daß der Staatsmann, der nach dem Schöpfer des Gesetzes von 1860 gekommen ist, schon damals, in sehr untergeordneter Stellung, sich das Gesetz etwas anders gedacht hat, das wir bekommen haben, und daß er es dann für seinen Theil nicht daran hat fehlen lassen, dieses Gesetz in wesentlichen Punkten nicht bloß zu verschärfen, sondern auch zu corrigieren. Das ist mir durchaus nicht unbekannt. Ich möchte aber glauben, daß es dem gegenwärtigen Herrn Staats- und Kultusminister und der Art, wie er sich uns gegenüber immer gibt, mehr entsprechen würde, nicht bloß die Art, sondern auch den Geist wahren zu lassen, in welchem der Schöpfer selber dieses Gesetz und seine Anwendung sich gedacht hat.

Wir bewegen uns lebhaft auf dem Boden dieses Gesetzes. Und nun, meine Herren, sollte es Ihnen denn schwer werden, auch Jheretics Ihre Zustimmung zu Forderungen zu geben, die auf diesem Boden sich bewegen, wenn Sie hören, wozu großen Werth wir darauf legen, und wenn Sie sich sagen müssen, Ihre Erfüllung, Ihre Berücksichtigung nimmt einen großen Theil der Bemühen im Lande hinweg?

Wenn das von Ihrer Seite nicht zu hoffen ist, wie will die Groß-Regierung es rechtfertigen, wenn sie Kammerbeschlüsse in dieser Richtung Jahr um Jahr unbedingtheit läßt? Diese Regierung, die, wenn auch zum großen Theile durch andere Männer vertreten, in einer früheren Periode so außerordentlich leicht und rasch ihre Zustimmung zu geben pflegte? Wir werden in nicht so fern Zukunft über eine der freieren Fragen unsere Meinungen austauschen und es wird sich dann zeigen, ob der Herr Staats- und Kultusminister es nicht an der Zeit findet, einen anderen Standpunkt zu vertreten, als wir ihn bisher vertreten gesehen haben. Wir werden sehen, was in dieser Hinsicht zu erwarten ist. Ich kann jetzt schon sagen, daß, sobald dieser Punkt erledigt ist, Sie von unserer Seite vor eine andere Frage gestellt werden, vor der Sie auch schon gestanden haben und über die auch bereits Kammerbeschlüsse schon gefaßt sind. Wir haben dieses Mal nur die Fragen auseinander gehalten. Ich sage das, damit es keine Ueberraschung gibt. Zuerst werden wir über die Ordensfrage, wie ich hoffe in recht kurzer Zeit, unsere Meinungen austauschen können. Wenigstens wünschen wir es. Ich glaube auch, man wird allerseits, bei allen interessirten Stellen, diesen Wunsch theilen.

Wir haben auf kirchenpolitischen Gebiete hauptsächlich zu fragen. Wenn es in der Zukunft anders werden sollte, wenn die Ursache unserer Klage aufhören sollte, dann würde Niemand mehr froh sein, als wir, und wir würden leichten Herzens abgehen sein lassen, was der Vergangenheit angehört.

2. Wir haben zweierlei zu beklagen: namentlich daß der Herr Staatsminister zur großen, geradezu beglückenden Freude des Herrn Kollegen Fießer scharfer als jemals dem ausgeprägten national-liberal-kulturkämpferischen Standpunkt zum Ausdruck gebracht hat. Er hat uns einen doppelten Vorwurf gemacht, der sehr wehe thut, der sehr empfinden wird. Je mehr wir mit gutem Gewissen sagen können, er ist unbegründet, desto tiefer wird er empfinden und desto schwerer rechnen wir ihn denjenigen Stellen an, die ihn erheben. Der Herr Staatsminister hat keine Bedenken getragen, die Gefährdung des konfessionellen Friedens in Zusammenhang mit der Frage zu stellen, ob da oder dort eine Niederlassung von Mönchenorden stattfindet. Wenn man in diesem Zusammenhang von Gefährdung des konfessionellen Friedens spricht, kann es nicht anders als so verstanden werden: von Euch und Euren Ordensmännern wäre die Gefährdung des konfessionellen Friedens zu besorgen. Anders kann es nicht verstanden werden. Nun möchte ich glauben, das ganze Haus als Zeugen für die Thatsache anzuführen zu können, daß von uns, — wir stehen doch mitten im Kampfe und haben niemals den Eindruck machen können, daß wir ihm aus dem Wege gehen — daß von uns noch niemals auch nur im entferntesten konfessionellen Gefühlen, geschweige denn konfessionellen Rechten oder konfessionellen Ueberzeugungen zu nahe getreten worden ist. Und wo ist jemals eine Thatsache zu verzeichnen gewesen, welche dafür spricht oder besorgen ließe, daß wir nicht mit dem weitestgehenden Wohlwollen und freiesten Gerechtigkeit die konfessionellen Interessen Anderer beachtet und beachtet haben? Und wo in aller Welt kann ein Vergleich dafür erbracht werden, daß von katholischer Seite überhaupt, sei es von Priestern oder Laien, der konfessionelle Friede gefährdet wird in dem Sinne, in dem man mit Grund von Gefährdung sprechen kann?

Das es aber den konfessionellen Vorurtheilen irgend welcher Art gegenüber sein kann, das eine oder andere Mönchsloster im Lande zu wissen, dessen Wirksamkeit

selbst für den katholischen Theil nur da sich zeigen könnte, wo man selber es wünscht — auch der Katholik kann unbeschadet seiner religiösen Ueberzeugung und namentlich unbeschadet seiner religiösen Freiheit Ordensniederlassungen oder einzelne Ordenspersonen gegenüber sich stellen, wie immer er will, und für Nichtkatholiken, für evangelische Staatsangehörige haben wir weder Ordensleute noch eine Ordensherrschaft zu wünschen; die Ordensleute werden sich auch wohl hüten, dort sich irgendwo geltend zu machen — das trotz konfessioneller Vorurtheile sich dagegen anstrengen wollen und das wohl zu besorgen wäre, das hat man noch in jüngster Zeit erleben können. Es ist ein trübes und betrübendes Zeichen für die Stimmungen, die da und dort herrschen, daß dem Herrn Kollegen v. Stöckhorner sein durchaus berechtigter, wohlwollender und im Interesse des Staates und des konfessionellen Friedens selbst gelegener Antrag unter konfessionellen Gesichtspunkten verüßelt worden ist. Die Groß-Regierung — man hat Anzeichen dafür bekommen — hat es ihm, wie es scheint, auch verüßelt, wenn auch wahrscheinlich von anderen Gesichtspunkten aus.

Staatsminister Raff schüttelt den Kopf.  
Abg. Wader: Ja nun! Angelegenheit! Und wenn die Groß-Regierung es nicht übel genommen hat, wenn es ihr gleichgültig gewesen wäre, hätte es ihr dann nicht ein Ansehen sein sollen, wenn auch nicht ihm thatächlich die Meinung zu tragen, so doch eine andere Sprache ihm gegenüber zu führen? Und wenn es der Groß-Regierung nicht unangenehm gewesen wäre, dann hätte wir nicht die außerordentlich große Ueberraschung erlebt, daß derselbe Antrag in anderen hohen Gänge fast durchweg behandelt wurde, wie es wirklich für uns hier sehr enttäuschend war.

Ich glaube also, wenn die konfessionellen Vorurtheile auf Kosten des katholischen Theiles auf diesem Gebiete eine Rolle spielen sollten, dann wäre die Groß-Regierung die erste berufenen Stelle, über solche Vorurtheile hinwegzuschreiten.

Wenn auf Kosten unserer Rechte und unserer wohl begründeten Wünsche sogar die Führung des konfessionellen Friedens zu gewärtigen wäre, dann hätte die Groß-Regierung das Recht und die Pflicht, gegen solche Eindrücke einzuschreiten, wie sie das Recht und die Pflicht hätte, gegen Eindrücke des Friedens auf katholischer Seite einzuschreiten. Und man brauchte sie gewiß da an ihr Recht und ihre Pflicht nicht zu erinnern.

3. Wir beklagen noch mehr, daß der Herr Staatsminister — wir wollen auf die Fassung nicht ganz verzichten, daß ein anderer Ton zu vernehmen sein wird, und eine andere Seite wird angestimmt werden — in nicht mißzuverstehender Weise unser politisches Verhalten innerhalb und außerhalb dieses Hauses in rücksichtlichen Zusammenhang gebracht hat mit Forderungen auf kirchlichem Gebiete, die nicht bloß unsere Forderungen sind, sondern auch Forderungen der kirchlichen Autorität.

Meine Herren! Ich glaube, da ist ein Interesse staatlicher und kirchlicher Ordnung in Frage gestellt, wenn eine Regierung oder ein einzelner Minister kirchlichen Forderungen gegenüber thatächlich sagt — um es in diese Worte zu fassen —

„Ich will zuerst sehen, wie brav die Leute in der Kammer sind oder wie sie sich bei den Wahlen bemühen, die Partei, die ich so lieb habe, mit oder ohne Erfolg zu bekämpfen.“ Je nachdem ihr Verhalten eintrifft, werde auch ich mit mir reden lassen.“

Das sind unerträgliche Dinge. Und wenn einem Minister Solches mit Recht nachgesagt werden könnte, dann hätte man allen Grund, gegen ihn Klage zu erheben, daß er auch gegen die Interessen der Allgemeinheit und der staatlichen Ordnung, wie gegen die Gerechtigkeit. Denn, meine Herren, so dürfen Befehle der Staatsgewalt in kirchlichen Angelegenheiten, man mag davon halten, was man will, mögen sie Einem gefallen oder nicht gefallen, unter keinen Umständen angewendet werden.

Wir sind eine Partei frei und unabhängig von der kirchlichen Autorität. Wobin sollte es auch führen, wenn die kirchliche Autorität eine Entscheidung hätte über unsere Aktionen und Reaktionen. Wir können nicht mehr Anspruch darauf erheben, eine gleichberechtigte politische Partei zu sein.

Und die Herren Vertreter der Staatsgewalt, die Herren von der Regierung haben kein Recht, ihre Beziehungen zu kirchlichen Autorität, ihre Behandlung kirchlicher Dinge mit den politischen Dingen zu verquiden, wie sie sich abspielen im Kampfe der Parteien oder auch abspielen hier in diesem Hause.

4. Ich hätte sehr gern gehört, verehrte Herren, daß die kirchenpolitische Debatte über die Ordensfrage und wenigstens die Kommissionsberatung über die Wahlrechtsfrage dieser heiligen Verhandlung vorausgegangen wären. Denn es ist nicht unmöglich — anerkennt man es hervorgehoben, daß die Herren Minister einen durchaus ruhigen Ton angeschlagen haben und selbst versichert, daß sie bei dem besungenen Anlaß der Kammer gegenüber nicht unfreundlich sein wollten — daß der eine oder andere Satz von dem, was ich gesprochen habe, dem gegenstandslos geworden wäre. Wir werden es mit der größten Freude entgegennehmen, wenn die Groß-Regierung diese Dinge anders, als es in der Vergangenheit geschehen ist, nicht bloß beipflichtet, sondern namentlich behandelt.

Schöne und freundliche Worte, die waren seit 1885 oft zu vernehmen, seit 1885/86, da nicht bloß der Herr Kollege Fießer mit der ihm stellenweise eigenen Offenheit, sondern auch der Herr Staatsminister auf das deutlichste zu verstehen gegeben hat: wenn einmal die Katholiken in Preußen solche Wünsche erfüllt sehen werden, dann werde es sich ja bei uns in Baden von selbst verstehen. Inzwischen sind 14 Jahre vorübergegangen, innerhalb deren ob und zu selbst von jener Seite des Hauses freundliche Worte zu hören waren, aber die freundlich gehaltenen Thaten, ganz Weniges angenommen, auf sich warten ließen.

V.  
Bemerkungen über das Verhalten der Regierung bei der Kammerdebatte, ihre Stellungnahme in Sachen der „Zuschuß“-Vorlage betr.

Nun meine Herren, muß ich zum Schluß noch bezüglich eines Punktes Einiges sagen, damit Schwiegen nicht mißdeutet werden kann.

Der Herr Abg. Heimburger hat heute den Herren Ministern, dem Herrn Minister zunächst zur Seite des Herrn Staatsministers und dem Herrn Staatsminister selbst Einiges erwidert, wie auch dem Herrn Minister des Innern bezüglich des überstehenden Voralles vor kurzer Zeit.

1. Ich will vorausschicken, daß es uns, meinen poli-

tischen Fremden und mir, nicht im Entferntesten einfällt, in die Kompetenzen der Groß-Regierung eingreifen zu wollen oder mitwirken zu wollen an der Ertheilung von Instruktionen in dem Sinne, wie es scheint, der Herr Minister des Großherzoglichen Hauses und der Eisenbahnen aufgefacht hat. Ich glaube, mich auf das beschränken zu können, was schon Seitens des Herrn Abg. Heimburger gesagt worden ist.

2. Es berührt sich aber für uns ganz von selbst, daß die Volksvertretung ein Recht hat, mit der Groß-Regierung solche Angelegenheiten zu erörtern und ihr gegenüber Wünsche auszusprechen, welche aus ihrer eigenen Haltung, aus ihrem eigenen Standpunkt resultieren, mit der berechtigten Erwartung, daß die Groß-Regierung im Rahmen ihrer konstitutionellen Verpflichtung, auf die Volksvertretung Rücksicht zu nehmen, die geäußerten Ansichten und Wünsche ihrerseits auch berücksichtige. Das ist so selbstverständlich als irgend Etwas. Und daß man dann in diesem Sinne indirekt auf die zu ertheilenden Instruktionen einwirkt, das ergibt sich aus der Natur der Sache. Denn diese Instruktionen werden ja immer der Ausdruck des Standpunktes sein, auf den die Groß-Regierung in einer einzelnen Frage sich stellt. Und wenn sie bei Feststellung dieses Standpunktes auf das Rücksicht nimmt, was im Schooße der Volksvertretung zum Ausdruck gekommen ist, so wirkt diese eben dann indirekt auf die Ertheilung der Instruktion ein.

3. Wir geben der Groß-Regierung unumwunden zu — es ist ja nicht zu bestreiten — daß sie das Recht hatte von der betreffenden Verhandlung ferne zu bleiben. Aber, meine Herren, die Beziehungen zwischen Volksvertretung und Regierung könnten bei jeder Gelegenheit in Frage gestellt und getrübt werden, wenn der eine oder andere Theil gar zu sehr das formale Recht betont würde. In der Geltendmachung des formalen Rechtes liegt jedoch genug die ausgeprägte Unfreundlichkeit.

Und die Herren von der Groß-Regierung werden mir zugeben, daß bei solchen Gelegenheiten nicht bloß das die Frage ist, wie die eine Seite etwas meint, sondern auch, wie die andere Seite es aufnimmt oder aufzunehmen kann oder unter Umständen vielleicht auch aufzunehmen muß. Und derjenige, der vielleicht mit gutem Gewissen jagt — diese Seite der Frage ist erledigt; nach den prägnanten Bemerkungen und Versicherungen des Herrn Ministers des Groß-Hauses und nach den Bemerkungen der anderen Herren Minister, die darüber gesprochen haben, ist ja die Frage erledigt wie es gemeint war, aber die andere Frage ist auch zu berücksichtigen — wer mit bestem Gewissen wahrheitsgemäß versichern kann, es sei nicht so und so gemeint, der ist nicht für alle Fälle gerechtfertigt. Von der anderen Seite kann geltend gemacht werden: so konnte, ja so mußte es aufgefaßt werden.

4. Nun hat der Herr Minister des Innern, das habe ich geteilt angeführt, uns etwas versichert, was die Frage, die Angelegenheit allerdings vielleicht in ein anderes Licht zu stellen geeignet wäre und auf Mißverständnisse schließen ließe. Wir haben — das habe ich bei der damaligen Verhandlung unter dem allgemeinen Eindruck dieses Hauses lebend, inhaltlich gleich, in der Form allerdings etwas anders ausgesprochen — wir haben uns Rücksicht auf die Geschäftsregie und auf Rücksicht auf die Großherzogliche Regierung selbst geäußert, uns dahin schließend, daß wir, wenn eine Debatte über diese Frage zu führen, also mit der Beratung dieser Angelegenheit und der Verpredung der Interpellation und der damals äußerst auffälligen Art der Beantwortung dieser Interpellation zu verbinden. Wir haben uns gesagt: „Nun mag's in einer Beratung fertig machen, so wollen wir nicht zuer.“ Und damit haben wir nicht bloß loyal und sachlich, sondern auch recht entgegenkommend gehandelt. Wenn wir gehüt hätten, daß dann Niemand von der Groß-Regierung kommen werde, dann hätten wir in jenem ersten Tage, am Dienstag, unter Anwesenheit des Herrn Ministers des Innern die Sache weiter verhandelt. Wir haben angenommen und ich nehme das jetzt noch an, daß der Herr Minister des Innern diesen Sachverhalt kannte. Und wenn dieser Sachverhalt ihm bekannt war, dann müßten wir erwarten — wir waren dazu durchaus berechtigt, daß der Herr Minister uns zu erkennen gab, daß die Groß-Regierung von ihrem Rechte Gebrauch machen werde, sich zu abstimmen. Dann hätten wir sehr wahrscheinlich keine Anklage gegen sie erheben, wir hätten aber gesagt: Gut! Ich nehme von den Herrn Ministern da, wo wir ihn haben. Das hätten wir getan.

5. Nun versicherte uns der Herr Minister des Innern gestern, er habe dem Herrn Präsidenten gesagt, es dürften mit der Interpellationsberatung nicht Anträge verbunden werden. Ja! Das haben wir gewußt, auf das hat auch der Herr Präsident selbst uns aufmerksam gemacht. Wenn aber der Herr Minister dieses uns entgegenkommen so wie wir glauben berechtigt zu sein zu erwarten, durch entsprechendes Entgegenkommen erwidern mußte, dann müßte er ein Wort weiter sagen. Dann müßte er sagen: „Wir werden dann, wenn diese Anträge kommen, nicht erwidern.“

Nun, meine Herren, wir können ja die Sache auf der Seite liegen lassen. Allein thatächlich wurde es als eine Unfreundlichkeit allerersten Ranges angenommen, nicht bloß hier auf dieser Seite, sondern von der ganzen Kammer, auf jener Seite des Hauses gar nicht anders als auf dieser. Und man hat sich gesagt: „Nun was, nachdem doch unmittelbar vorher ein sehr freundliches, thatächlich belundenes Entgegenkommen der Regierung gegenüber zu verzeichnen war?“

So viel, meine Herren, über diese Sache. Ich bedauere selber, auch für mich, Ihre Aufmerksamkeit so lange in Anspruch genommen zu haben. Ich kann aber ruhig darauf verzichten, noch Weiteres zu besprechen, weil sich ja noch ausgiebig Gelegenheit dazu ergeben wird, auch derartige politische und kirchenpolitische Debatten mit einander zu pflegen.

### Deutscher Reichstag.

Berlin, 16. Februar.

Wetterberatung des Eises der Reichseisenbahnen beim Extraordinarium.  
Berichterstatter Dr. Paasche berichtet über die Verhandlungen der Kommission.

Ein Antrag Waller-Duisburg betreffend Feuerungsanlagen wird angenommen.  
Minister v. Tzielen stellt auf eine Bemerkung des Berichterstatters bezüglich einer andersartigen Bilanzstellung anheim, auf diese finanztechnische Frage beim nächsten Etat zurückzukommen.

Auf eine Anregung des Abg. Prinz Hohenlohe-Schillingensfeld bemerkt Staatsminister v. Tzielen, die Verwaltung sei bemüht, die Nebenunternehmungen, zumal solche von Eisenbahnen mit Straßenbahnen mit der Zeit ganz zu beilegen.

Ohne weitere Debatte wird das Extraordinarium erledigt.

Bei den Einnahmen bringt der Berichterstatter die Kohlenausfuhrtarife zur Sprache, die die Kommission zu einer Resolution veranlaßt haben, daß die Regierung um Aufhebung der auf den Eisenbahnen gleich-Lothringens noch bestehenden, die Kohlenausfuhr begünstigenden Tarifermäßigungen zu eruchen sei.

Abg. Müller-Fulda (Centr.): Wir seien nicht dazu da, um unter Schädigung des Nationalwohlstandes dem Auslande billige Kohlen zu liefern.

Staatsminister v. Tzielen: Die Anregung der Frage erwidere geboten. Sie geht aber nicht nur das Reichsland, sondern sämtliche deutschen Bahnen an. Die ermäßigten Ausfuhrtarife seien sehr alten Datums und wurden eingeführt, um der Ueberproduktion den Auslandsmarkt zu eröffnen. Die dem Inlande gewährten Ermäßigungen haben die Bedeutung der Ausfuhrtarife bedeutend gemindert. Eine fortwährende Prüfung sei eingeleitet; eine Entschädigung könne aber nur getroffen werden durch ein gemeinsames Vorgehen aller deutschen Bahnen.

Abg. Müsch-Ferber (natl.): Er sehe mit seinen Freunden auf dem Boden der Resolution. Die Kohlen, die nach der Schweiz und Italien ausgeführt werden, stellen sich um 30 M. für den Waggon billiger als im Inlande; dort stelle sich der Waggon auf 155 M., im Inlande dagegen auf 185 M. Nebst erinnert an dem bühmischen Bergarbeiterausstand, der große Nachtheile nach sich ziehe: Einschränkung der Industrie, Kohlenmangel, Beschränkung des Eisenbahnverkehrs u. s. w.

Abg. Dabach (Centr.) warnt davor, sich von den Anschauungen des preussischen Handelsministers beeinflussen zu lassen.  
Abg. Graf Stolberg-Wernigerode (konf.): Die Regierung hätte schon vor zwei Jahren, wo die Preissteigerung sich übersehen ließ, die Kohlenausfuhr verbieten sollen.

Abg. Bedel (Soc.): Die Forderungen der ausländischen Destillateure seien sehr maßvoll, während die Gebren zum Theil den reichen Rentiers gehörten. Nebst tritt für die Resolution ein.

Abg. Stöckhorner (Weichb.) stimmt der Resolution zu; die Antwort des Ministers habe ihn enttäuscht.

Abg. Schrader (frei. Wg.) macht auf die Schwierigkeiten der Durchführung der Resolution aufmerksam.  
Abg. Dr. Wagem (Centr.) freut sich, daß die Frage jetzt in Ruhe kommt, und warnt vor zu großer Euphorie; man warte nicht, bis die Untersuchung über alle Ausfuhrtarife abgeschlossen wäre, sondern besitze diejenigen, die grade spruchreif würden. Das Kohlenbudget müsse daran gehindert werden, die Kohlennoth zu eigenen Vortheil noch zu vergrößern.

Minister von Tzielen: Wenn wir die Ausfuhrermäßigungen beseitigen, so ist das nur ein moralischer Schritt. Die Kohlennoth scheint nicht so hart.

Abg. Riff (Hosp. der frei. Wg.) bestreitet einen von ihm und dem Abg. Haacke eingebrachten Antrag, die Preisunterschiede allgemein zu fassen, als die Begünstigung der eisenbahnlothringischen Bahnen zu streichen sei. Wenn die ermäßigten Tarife nur für die eisenbahnlothringischen Bahnen aufgehoben seien, werde sich die Ausfuhr anderer Wege immer mehr vergrößern. Die Abkündigung über die Resolution wird bis zur dritten Sitzung zurückgestellt.

Abg. Müller-Sagan berichtet über die Eisenbahntarife betreffenden Petitionen. Diefelben werden zum Theil durch Uebergang zur Tagesordnung, theils durch Ueberweisung zur Berücksichtigung erledigt.

Es folgt die Beratung des Antrags des Abg. Müsch-Ferber betreffend die Errichtung deutscher Handelskammern im Ausland.

Abg. Müsch-Ferber (natl.) begründet seinen Antrag. Das Verlangen nach deutschen Handelskammern im Ausland sei von zahlreichen Handelskammern geäußert worden, aber von der Regierung unberücksichtigt gelassen. Die Handelsattachés und Konsuln könnten viele Fragen nur einseitig lösen und ungenügend beantworten. Die Handelskammern seien auch ein vorzügliches Bindemittel der Deutschen im Ausland. Die Handelskammern sollten in Kolonien, die über 200 Kaufleute zählten, errichtet werden. Präsident und Vizepräsident seien von der deutschen Regierung zu beauftragen. New-York, Paris, London und St. Petersburg seien in erster Linie in Frage.

Abg. Riff (fr. Wg.) tritt für den Antrag ein und beantragt Ueberweisung an die Budgetkommission.

Abg. Gabel (Soc.) (Centr.) ist damit einverstanden.  
Nach Bemerkungen des Abg. Freese (fr. Wg.) und dem Schlusswort des Antragstellers wird der Antrag der Budgetkommission überwiesen.

Mittwoch 1. Uhr: Antrag der Kaiserin auf Abschaffung des Distriktsparagrafen, ferner betreffend Wahlen zum Landesauschuss; weiter Initiativanträge.

### Lokales.

Karlsruhe, 17. Februar.

— Spiel- und Wettsschulden sind nach dem neuen Rechte nicht mehr klagbar. Forderungen aus einem Spiel- oder Wettvertrage können weder gerichtlich noch außergerichtlich geltend gemacht werden. Es kann weder die Zahlung des Einsatzes, noch die Auszahlung eines Gewinnes verlangt werden. Hat jedoch der verlierende Theil auf Grund des Spieles oder der Wette Zahlung geleistet, so hat er kein Rückforderungsrecht. Um Erleichterung hintanzuhalten, ist auch jede Verbindlichkeit ausgeschlossen, die der Verlierer zum Zwecke der Erfüllung einer Spiel- und Wettsschuld dem Gewinner gegenüber eingibt. Es ist z. B. auch die Eingehung einer Wechselverbindlichkeit rechtlich unzulässig. Würde jedoch der Wechsel bezahlt, so ist jede Rückforderung ausgeschlossen. Anders liegt der Fall, wenn Jemand ein Darlehen aufnimmt, um eine Spielschuld damit zu bezahlen, dieses Darlehen muß natürlich zurückgefordert werden.

Linde's wird in Tassen, Gläsern und anderen Gefäßen verkauft, die in jedem Haushalt praktische Verwendung finden können.

### Sämmtliche Besatzstoffe und Zuthaten für:

Ball- und Masken-Costüms, wie Sammt, Peluwas, Atlas, Merveilleux, Schärpen und Schürzen-Stoffe, Gold- und Silberhornten, Fransen, Sterne, Pflitter, Schellen, Kopfschu, Fächer, Larven etc.

Masken- und Trachtenbilder liegen zur Besichtigung auf.

en. **Julius Strauss,** en

Karlsruhe,

Kaiserstrasse 143, nächst dem Marktplatz.

### Herrenhemden

in allen Weiten, aus prima Stoff gearbeitet, mit feinem lein. Einlag, gutgehend, verwendet unter Nachnahme

1/2 Duzend M. 20.

Franz Tauer, Karlsruhe i. B., Kaiserstr. 112.

